



Das Land hat Verantwortung als Hundehalter

Solange der Diensthund aktiv und fit ist, ist er beliebtes Einsatzmittel allerorten. Ob bei Durchsuchungen von größeren Objekten bei Alarmen als Unterstützung des WSD, bei Durchsuchungen nach Rauschgift für K/3 oder zur Trennung von rivalisierenden Fußballgruppierungen vor den Stadien. Ist er aber in die Jahre gekommen und ausgesondert, verliert der Dienstherr sein Interesse und schenkt die Tiere gerne den Diensthundeführern. Was bedeutet das konkret? Fakt ist, dass der Dienstherr monatlich 38,35 Euro zahlt. Damit sind alle Kosten abzudecken, die so ein Tier verursacht. Futter, Zubehör, Tierarztkosten, Unterbringung im Urlaub, Versicherung, eventuell Steuer usw. Wer Tierhalter ist weiß, dass das definitiv nicht reicht. Und wenn es zum Tierarzt geht, reicht das Geld hinten und vorne nicht mehr.



Diensthund Milko vom PP Mainz kurz vor seiner Übernahme in den Ruhestand beim Diensthundeführer

Die GdP hat sich jetzt wegen dieses durchaus komplexen Problems an Innenminister Roger Lewentz gewandt und fordert – ähnlich wie bei den seit einem Vierteljahrhundert nicht geänderten Zulagen für Erschwernisse in der Polizei – die Anpassung der Aufwandsentschädigung für Diensthundeführer.

Es geht in dem Schreiben konkret um eine Neufassung des Rundschreiben des ISIM aus 2006, Az.: 344/20/152 „Diensthundewesen der Polizei RLP“.

GdP-Chef Ernst Scharbach mahnt grundsätzlich die Anpassung der Pauschalbeträge an und weist auf sehr unterschiedliche Regelungen der Länder hin.

Darüber hinaus will er die finanzielle Beteiligungen der Diensthundeführer (DHF) bei Unterbringungen

von aktiven Diensthunden in Tierpensionen überprüft wissen und fordert, dass auch die Pauschale bei ausgesonderten Diensthunden von derzeit 38,35 Euro aktualisiert und angepasst werden soll.

38,35 Euro nicht mehr zeitgemäß

Die Beträge, die im Rundschreiben des ISIM festgelegt worden seien, wurden seit 1998 nicht mehr angepasst, beklagt Ernst Scharbach und hält die Anhebung für erforderlich.

Aus GdP-Sicht – so wird es im Schreiben verdeutlicht – ist der Hundehalter – also das Land – seit Jahren „finanziell sehr gut gestellt“.

Scharbach: „Die eigentlichen Aufwendungen und Pflegeleistungen erbringt der DHF, sowohl bei im Dienst befindlichen als auch insbesondere bei ausgesonderten Diensthunden“.

Das gelte besonders bei Erkrankungen überlassener Hunde.

Die GdP weiter: „Vermehrt denken DHF darüber nach, einen Überlassungsvertrag nicht mehr einzugehen“. Die möglichen Folgen und finanziellen Auswirkungen für das Land als Tierhalter wären sicherlich aufwändiger, als eine Anpassung der Pauschalen.

Traditionelle Bereitschaft zur Übernahme wird ausgenutzt

Das Problem bestehe bei allen fünf Präsidien und bei der Ausbildungsstelle der Bereitschaftspolizei. Sachvorträge aus den Behörden und Einrichtungen seien bisher mit Hinweis auf die schwierige Haushaltssituation ablehnend beschieden worden.

Dabei sei auch auf die traditionelle Bereitschaft der DHF hingewiesen worden, die Überlassungsverträge unter den bestehenden Bedingungen einzugehen.

Es bestehe dringender Handlungsbedarf, stellt die GdP abschließend fest und bietet Gesprächsbereitschaft an.

Seite 2:

Interview mit einem Diensthundeführer



Den „Alten Partner“ nicht hergeben

DP-Interview mit Diensthundeführer Joachim Zimmermann:
„Ein Pflegevertrag nach dem Muster der Bundespolizei wäre vorbildlich“.



Diensthundeführer Joachim Zimmermann mit dem neuen Diensthund Balu und dem „Ruheständler“ Miko.

gleich: Für einen aktiven Hund zahlt das Land eine monatliche Pauschale von 66,47 €. Daran wurde seit 1994 leider auch nichts verändert.

DP: Was musst du von dem Geld bezahlen?

Joachim Z.: Damit muss ich das Futter bezahlen, das macht den größten Anteil aus. Bei Tieren, die Spezialfutter brauchen, so wie meiner, reicht das Geld nicht einmal dafür.

Dazu kommen noch die Kosten für die Pflege, die Unterbringung während des Urlaubes, den Abschluss einer Tierhalterhaftpflicht und vor allem die Tierärztkosten. Diese können schnell mal einige Hundert bis sogar Tausend Euro betragen. Als Beispiel, wie schnell das gehen kann, möchte ich einen Personenspürhund anführen, der mit sieben Jahren wegen Bandscheibenproblemen ausgesondert werden musste. Daraus resultierend entstehen für den Kollegen unkalkulierbare Kosten für die Folgejahre, die er nun aus der Privatschatulle bezahlen kann. Nicht auszumalen, wenn auch sein Schutzhund noch dienstunfähig wird. Dann kann er für zwei Hunde die gesamten Kosten aufwenden! Dies alles auch noch in Zeiten, in denen das Beförderungskontingent gegenüber den Vorjahren merklich gekürzt wurde. Das bedeutet für die Diensthundeführer eine doppelte und teilweise dreifache Belastung.

Hier endet dann auch mein Verständnis und das meiner Kollegen. Die medizinischen Probleme haben oft ihren Ursprung in der Belastung in der aktiven Zeit des Diensthundes und wenn er ausgesondert ist, müssen wir uns alleine um die Folgen kümmern. In manchen Kommunen muss auch noch die Hundesteuer entrichtet werden.

DP: Wäre es dir also lieber, den Hund nicht übernehmen zu müssen?

Joachim Z.: Auf keinen Fall. Wenn man so viele Jahre mit dem Tier verbracht hat, es quasi zum Familienmitglied wurde, wie es auch vom Dienstherrn gewünscht ist, so kann man diesen „Alten Partner“ auch nicht hergeben. Das würde, glaube ich, keiner von uns ohne Grund tun. Aber das Land macht es sich mit der Schenkung der Tiere meiner Meinung nach zu einfach. Nur weil wir nicht kaltherzig genug sind, die Tiere nicht zu übernehmen,

DP: Joachim, wie lange bist du schon Hundeführer?

Joachim Zimmermann: Ich wurde 1978 bei der Polizei eingestellt und bin 1988 zur Diensthundestaffel gewechselt. Ich finde, der Diensthund ist eines der besten Einsatzmittel, die wir haben.

DP: Wie viele Hunde hast du schon ausgebildet und was machst du mit den ausgesonderten Hunden?

Joachim Z.: Ich habe mit meinem jetzt aktiven Diensthund vier Hunde zum Polizeihund ausgebildet. Derzeit führe ich den Diensthund Balu. Die ausgesonderten Diensthunde, zurzeit ist das der Miko, wurden mir jeweils vom Land zur weiteren Pflege überlassen.

DP: Worin besteht diese Pflege?

Joachim Z.: Na ja, ich kümmere mich weiter um sie, wie sich jeder andere Hundehalter auch um sein Tier kümmert. Ich Sorge für die Pflege, das Futter, den Auslauf und natürlich auch die im Alter häufiger werden Gänge zum Tierarzt. Das beinhaltet also Zeit und auch Geld, das ich investiere.

DP: Wie sieht die finanzielle Seite aus?

Joachim Z.: Genau das ist das Problem. Wir bekommen eine Futterpauschale für die Tiere, welche seit 1998 38,35 € beträgt. Das reicht natürlich hinten und vorne nicht. Zum Ver-



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



DIENSTHUNDEWESEN

darf es nicht so sein, dass man sich der Verantwortung entzieht und nur einen geringen Beitrag zu den Kosten leistet. Die Bundespolizei z. B. hat sich auch mit dem Thema beschäftigt. Sie hat einen Bedarf von etwa 180 € pro Monat errechnet. Daraus resultierend zahlt der Bund immerhin 120 € für einen aktiven und ca. 50 € für den ausgesonderten Diensthund und schließt mit dem Diensthundeführer einen Pflegevertrag. Dies finde ich vorbildlich. So wünschte ich es mir auch für uns.

DP: Wie viele ausgesonderte Diensthunde gibt es in Rheinland-Pfalz?

Joachim Z.: Das wechselt natürlich immer stark, aber es dürften zurzeit etwa 30 landesweit sein, hier in Mainz sind es ca. drei bis fünf Tiere. Insgesamt haben wir im Moment ca. 119 aktive Diensthunde.

DP: Was wäre für dich denn jetzt am wichtigsten?

Joachim Z.: Für mich persönlich wäre wichtig, dass das Land sowohl seiner Verantwortung und moralischen Verpflichtung als Hundehalter, als auch uns als Landesbedienstete nachkommt und mit uns einen Pflegevertrag schließt. Somit bliebe der ausgesonderte Hund auch Diensthund. Damit wäre er von der Hundesteuer der Kommunen befreit, die Kosten für die Unterbringung in der



Urlaubszeit würden teilweise übernommen und beim Tierarzt würden keine Kosten anfallen. Auch müsste ich keine Haftpflichtversicherung für den Diensthund abschließen. Ich möchte jedoch anmerken, dass dies nicht auf Kosten des Titels der aktiven Diensthunde gehen darf. Dieser ist schon eng bemessen und kann und darf nicht auch noch die Kosten der alten Diensthunde auffangen müssen. Hierfür muss unser Titel unbedingt erhöht werden. Wir schlagen uns mit diesem Problem nun schon rum seit ich Hundeführer bin. Oftmals wird dann das zur Verfügung gestell-

te Dienstfahrzeug als Vorteil für uns herausgestellt. Hierbei wird jedoch gerne verschwiegen, dass dies auch Nachteile hat. Viele Kollegen parken dafür ihren Privat-Pkw im Freien oder mieten eine Garage, so wie ich, dafür an. Wenn ein zeitlich dringlicher Einsatz ansteht, erreicht uns die FZ zu Hause und wir sind sehr schnell einsatzbereit und innerhalb von ca. 40 Minuten mit 20 DHF am Einsatzort, wie im letzten Jahr aufgrund der Ausschreitungen beim Fußballspiel Mainz 05 gegen Westham United. Sicherlich hatten viele Kollegen in der Freizeit für diesen Tag etwas Besseres vor. Doch das ausgeprägte Verantwortungsbewusstsein und das Engagement führen noch dazu, dass dies möglich ist. Trotz leerer Kassen sollte auch für unser Problem eine Lösung zu finden sein. Ich denke, das sehen auch viele andere Hundeführer so.

DP: Kollege Zimmermann, das hört sich doch alles sehr gut und konstruktiv an. Bist Du denn alleine mit diesen Vorschlägen?

Joachim Z.: Aber nein. Mein Polizeipräsident Karl-Heinz Weber unterstützt diese Vorschläge zum Beispiel ausdrücklich.

DP: Kollege Zimmermann, vielen Dank für das Gespräch und vor allem für die konstruktiven Lösungsansätze?

Die Fragen stellte Steffi Loth

MEINE MEINUNG

Fürsorge für Mensch und Tier: Besinnt Euch endlich!



Der stellv. GdP-Landesvorsitzende Helmut Knerr kommentiert:

Wir haben mit einem sehr vielschichtigen Problem zu tun, das das Potenzial sozialen Sprengstoffs in sich trägt. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen machen sehr gute und bei Weitem nicht unverschämte Lösungsvorschläge, die in der Politik bisher ungehört bleiben.

Die Schuldenbremse verhindert auch hier, dass unser Dienstherr fürsorgliche Verantwortung wahrnimmt.

Geht die Sanierung der Kassen wirklich über alles? Oder besser: Muss die Sanierung öffentlicher Kassen ausschließlich auf der Ausgabenseite stattfinden?

Mit der Schuldenbremse verliert die Politik offenbar die letzten Skrupel gegenüber den eigenen Beschäftigten. So wie die Verantwortung als Hundehalter für eine tiergerechte Haltung im Alter abgeschoben wird, wird auch die Verantwortung für die Polizistinnen und Polizisten verweigert.

Große Teile der Erschwerniszulagen über ein Vierteljahrhundert nicht anzupassen, ist schon ein besonderes „Glanzstück“ auf dem Gebiet der Fürsorge. Vom Besoldungsdiktat ganz zu schweigen.

Wir von der GdP empfehlen: Besinnt Euch endlich und wenn es auf die eigenen Grundwerte ist, die scheinbar in Vergessenheit geraten sind.



Ernst Scharbach will wieder Vorsitzender werden

Vom 10. bis 12. September 2014 findet an der Landespolizeischule der Landesdelegiertentag der GdP in Rheinland-Pfalz statt. Zum Stand der Vorbereitungen und den Zielen befragt Organisator Helmut Knerr den Landessvorsitzenden Ernst Scharbach.



DP: Was sind die Themenschwerpunkte und gibt es auch schon ein Motto, unter dem die Konferenz steht?

ES: Unser Delegiertentag titelt: „Gemeinschaft verbindet“. Wir finden, dass dies eine klare Zielsetzung und ein positiver Aufruf für unsere künftige gewerkschaftliche Arbeit ist. Die bisherige Planung sieht Pflichtaufgaben wie den Geschäftsbericht, Neuwahlen des Landesvorstandes, des Landeskontrollausschusses, der Landeskassierer, der Delegierten für unseren Bundeskongress im November 2014 in Berlin und Ehrungen vor.

Natürlich werden die Beratungen von Anträgen (in 2010 hatten wir neben Leitanträgen 70 Anträge aus den GdP-Organen zu bearbeiten) durch die Delegierten einen großen Raum einnehmen. Bei der Konferenz wollen wir auch ein neues GdP-Programm für unsere gewerkschaftliche Arbeit in den nächsten Jahren diskutieren und im öffentlichen Teil vorstellen.

DP: Die GdP hatte ja das Programm „Polizei 2014“ geschrieben. Was erwartet uns im neuen Programm?

ES: Es beschäftigt sich mit Zukunftsthesen, schreibt bisherige Bereiche fort und formuliert neue dazu. Verkehrssicherheitsarbeit, Kriminalitätsbekämpfung, Einsatz, (Bepo, BuPo und Bundeswehr), Private Sicherheit, Schnittstelle Verfassungsschutz, Polizeiorganisation, Personalentwicklung (Polizei/Verwaltung), Neue Medien und Technik, Ausstattung sowie Aus- und Fortbildung und BGM sind Themenbereiche, die wir beackern. Wir wollen Visionen und Entwicklungslinien für die Polizei be-

schreiben, in die öffentliche Diskussion bringen und umsetzen. Viele Fachleute haben sich eingebracht. Aktuell diskutieren wir den Programmentwurf in den Kreis- und Bezirksgruppen.

DP: Klingt spannend. Was wird denn im öffentlichen Teil passieren?

ES: Am zweiten Delegiertentag wird Ministerpräsidentin Malu Dreyer zu Gast sein. Wir hoffen auf eine grundsätzliche Rede zur Entwicklung unserer Gesellschaft und der Polizei unter den Bedingungen der Schuldenbremse. Nachmittags befassen wir uns mit einem wissenschaftlichen Impulsreferat und in einer Podiumsdiskussion mit dem Zusammenwirken von Polizei und Kommunen. Angefragt sind: Innenminister und SPD-Landesvorsitzender Roger Lewentz, Fraktions- und CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner, Katharina Binz und Thomas Petry (Bündnis 90/Die Grünen), sowie ein Vertreter der Kommunen.

DP: Gibt es eine Wahlbewerbung – Ernst Scharbach als „neuer ... Vorsitzender“?

ES: Ja, die gibt es. Ich möchte für die nächsten vier Jahre wieder als Landesvorsitzender unserer GdP in Rheinland-Pfalz antreten.

DP: Wer kandidiert denn noch für den geschäftsführenden Landesvorstand?

ES: Wieder kandidieren werden Margarethe Relet, Bernd Becker, Heinz-Werner Gabler und Helmut Knerr zu stellvertr. Landesvorsitzenden. Sabrina Kunz stellt sich erstmals als stellvertr. Landesvorsitzende zur Wahl. Als Kassierer kandidiert Ingo Schütte und als stellvertr. Kassierer Werner Hilmer. Schriftführer möchte Roland Grenner und stellvertr. Schriftführer Dieter Engemann werden. Diese Personalvorschläge wollen wir den Delegierten unterbreiten.

DP: Haben die Delegierten auch noch Zeit für Gespräche?

ES: Natürlich. Die drei Tage werden für die Delegierten sicherlich arbeitsintensiv werden. Aber Gespräche zu führen, wird sich der GdPler auch auf diesem Gewerkschaftstag nicht nehmen lassen. Ich freue mich sehr auf diese Gespräche.

DP: Vielen Dank Ernst.

BESUCH BEIM GSTB

Gemeinsamkeiten ausgelotet



Seit letztem Jahr ist Ralph Spiegler (Bildmitte), Bürgermeister der VG Nieder-Olm, Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz. Jetzt bekam er Besuch von der GdP.

Ernst Scharbach (rechts) und Bernd Becker verdeutlichten, dass die GdP die Kommunen als wichtigen Partner der Polizei betrachtet, insbesondere

in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz. Die Kommunen spielen aus GdP-Sicht eine wichtige Rolle bei der Verschlechterung von Tatgelegenheitsstrukturen und der Vermeidung und Bekämpfung von Kriminalitätsursachen.

Im Mai nimmt die GdP an der Sitzung des Landesausschusses des GSTB im Wappensaal des Landtages teil, um ihre Vorstellungen hinsichtlich der Zusammenarbeit vorzustellen.



JUGEND UND EUROPA

Euroskeptiker und Nationalisten verhindern

Bei einer Veranstaltung im Gymnasium zum Kurfürstlichen Schloss in Mainz ging es darum, die Meinungen und Anregungen junger Menschen zum Thema Europa einzufangen. Mit dabei war Christoph Hanschke, Vorsitzender der Haupt-, Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) der RP-Polizei.

Der Gastgeber und Veranstalter – die Landesvertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und in Brüssel – hatte dazu bereits im Vorfeld an insgesamt zwölf verschiedenen Schulen Workshops zum Thema Europa organisiert, bei denen die Schülerinnen und Schüler ihre Wünsche und Sorgen zum Thema Europa formulierten. Die so entstandenen Thesen wurden in einer 2. Phase im Internet von allen Interessierten kommentiert und verfeinert.

120 junge Europäer

Bei der Abschlussveranstaltung in Mainz wurden diese Thesen nun erneut in fünf Workshops mit insgesamt 120 jungen Europäern thematisch aufgearbeitet.

Die Themen dieser Workshops waren: Bildung, Wirtschaft & Arbeit, Finanzen, Europa im Alltag und Werte & Partizipation.



Christoph Hanschke trifft Europaministerin Margit Conrad

Nachmittags wurden die Ergebnisse der Workshops in Form von gespielten Fernsehbeiträgen eines fiktiven „Europajournals“, von der Europaministerin **Margit Conrad** sowie **Dr. Stephan Koppelberg** präsentiert. Koppelberg leitet die Regionalvertretung der EU-Kommission in Bonn und ist zuständig für vier Bundesländer, darunter Rheinland-Pfalz.

Jugendarbeitslosigkeit, Eurokrise, Bildungspolitik, Asylpolitik und Krimikrise waren unter anderem die konkreten Themen der jungen Leute.

Im Workshop „Europa im Alltag“ bereitete Sorge, dass Europa im Alltag vieler Menschen keine Rolle spielt. Damit einher gehe eine sehr geringe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen. Im abschließenden Fernsehbeitrag wurde ein „Interview mit der Zukunft“ geführt und dieses Szenario ins Bewusstsein gerufen: Aufgrund der geringen Wahlbeteiligung bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 sowie den folgenden Europawahlen ziehen immer mehr Euroskeptiker und Nationalisten von den Rändern des Parteienspektrums in das Europäische Parlament ein; die Europäische Union beginnt langsam zu zerfallen, nationale Interessen werden in den Vordergrund gestellt.

So würde das Friedensprojekt Europa zerstört, bevor es in allen Mitgliedsländern zur nachhaltigen Verbesserung

der Lebensverhältnisse und der sozialen Situation beitragen kann. Das gelte es unbedingt zu verhindern, machten zahlreiche Teilnehmer deutlich!

Daher sei das Gebot der Stunde: Wählen gehen!

Gebot der Stunde: Wählen gehen!

Dem schloss sich in der abschließenden ebenso engagierten wie emotionalen Diskussion die Chefin der Landesvertretung, **Margit Conrad**, an. Die Ministerin stand trotz fortgeschrittener Zeit zu jedem angesprochenen Themenbereich ausführlich Rede und Antwort. Conrad: „Die erfreulich hohe Resonanz zeigt, dass das Thema Europa die Jugendlichen bewegt“.

KURZ & KNACKIG

■ Aufbewahrung von Zweitschriften neu regeln

In einem Schreiben an den Hauptpersonalrat Polizei (HPRP) thematisiert der Fachausschuss Kriminalpolizei in der GdP die fehlende Möglichkeit der Vorhaltung von Zweitschriften zum Zwecke der Vorbereitung auf den Auftritt als Zeuge vor Gericht.

Aus Justizkreisen waren Stimmen an die GdP herangedrungen, dass zuweilen die Wahrheits- und Rechtsfindung sehr problematisch sei, weil polizeiliche Zeuginnen und Zeugen mit Hinweis auf fehlende Vorbereitungsmöglichkeiten keine Erinnerung mehr an die in Rede stehenden Vorfälle hätten.

Die GdP verzichtet wegen der Komplexität des Themas ausdrücklich auf einen geschlossenen Regelungsvorschlag, beschreibt aber Möglichkeiten.

MEINE MEINUNG

„Es war sehr erfreulich zu sehen, dass die Europaministerin sich so viel Zeit für die jungen Menschen genommen hat. Nicht jeder hätte die vorgegebene Zeit um fast eine Stunde überzogen! Für mich steht jedenfalls fest: Am 25. Mai mache ich bei der EU-Wahl mit.“

Christoph Hanschke



Freizeitausgleichskonto vertagt

Unter anderem wurden in der April-Sitzung des Hauptpersonalrates Polizei diese Themen behandelt:

Regelbeurteilung im ISIM kommt: Den rechtlichen Bedenken des HPRP zur Regelbeurteilung von Polizistinnen und Polizisten, die im ISIM arbeiten, begegnet das ISIM mit anderen Vorstellungen und sagt zu, dass gegenüber dem Polizeidienst keine Verwerfungen entstehen werden.

AG Führen in Binnenkrisen: Ingo Schütte berichtet aus der Kommission Innere Führung, unter anderem davon, dass die Absicht besteht, eine AG 9 – Führen in Binnenkrisen – einzurichten.

Der Schwerbehindertenvertreter Werner Burkard berichtet über das Gespräch mit Minister Lewentz.

Personalmaßnahmen: Es wurden sechs Personalmaßnahmen behandelt, zum Teil vertagt bzw. modifiziert.



Regressnahme zurückgenommen: In einem Einigungsverfahren wegen Falschbetankung hatte der Gesamtpersonalrat des PP Trier durch eigene Erkundigungen neue Fakten beige-steuert, die letztlich in der Erörterung dazu führten, dass das ISIM von einer Regressnahme absehen will.

Freizeitausgleichskonto noch einmal vertagt: Das ISIM hat die Vorschrift mit etlichen Änderungen, wie sie vom HPRP angeregt wurden, erneut vorgelegt. Trotz der „beamtenfreundlicheren“ Regelungen konnte der HPRP noch nicht zustimmen, da Mehrarbeitsfragen im Bereich der

Lehre noch ungeklärt sind.

Gleichgeschlechtliche Lebensweisen: Der HPRP hat einer Dienstvereinbarung über die Einrichtung von Ansprechstellen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AGL) zugestimmt. Danach wird es in den BuE Ansprechpartner geben.

Wettkampfsport: Dem Polizeiwettkampfsportprogramm für das Jahr 2014 hat der HPRP zugestimmt.

Verkehrsüberwachungskonzept: Der Fachkonzeption Verkehrsüberwachung wurde in „zweiter Lesung“ nach Erörterung zugestimmt.

GdP-Initiativen: Zur Aufbewahrung von Zeitschriften und zur Aufwandsentschädigung für Dienststundeführer hat die GdP beim Hauptpersonalrat Initiativen eingereicht. Siehe Titelgeschichte dieser Ausgabe und Seite 5 – „kurz & knackig“.

Ernst Scharbach, Margarethe Relet

KENNZEICHNUNGSPFLICHT

Misstrauen tut immer noch weh

Ernst Scharbach hat an Innenminister Roger Lewentz 1800 Unterschriften gegen die Kennzeichnungspflicht für geschlossene Einheiten übergeben. Mit dabei waren weitere Vertreter des Landesvorstandes und der BePo GdP sowie Kolleginnen aus Einsatzeinheiten der BePo und Vertreter der Einzeldienst-MEG.



Die GdP-Vertreter verdeutlichten noch einmal die ganze Palette von Argumenten gegen die Kennzeichnungspflicht, vom fehlenden Anlass, über die Erhöhung der Gefährdung eingesetzter Kolleginnen und Kollegen bis hin zu dem schmerzenden Misstrauen „der Politik“ gegenüber der Polizei. Eine Kollegin wies darauf hin, dass die Maßnahme wohl auch eher erträglich wäre, wenn man nicht mit den alltäglichen Einsparungen zu tun hätte, allem voran dem Personalmangel.

Der Innenminister widersprach dem Misstrauensvorwurf energisch und bekräftigte noch einmal, die getroffene Regelung sofort überprüfen zu wollen, wenn sie in der Praxis Probleme bereite.





Beihilferecht Rheinland-Pfalz von A bis Z



von

Andreas Schnitzler

Referent für Beihilferecht im
Ministerium der Finanzen
Rheinland-Pfalz



Herausgegeben vom

PSW
Rheinland-Pfalz GmbH

Nur 10,-- € für GdP-Mitglieder
psw-rp@gdp.de
www.psw-rp.de



VORGESTELLT: MICHAEL FLIS

Der neue Jugendvorsitzende

Michael, erzähl uns was über dich:

Mein Name ist Michael Flis, ich bin 1987 in Suhl (Thüringen) geboren worden. Aufgewachsen bin ich in Ilmenau im Thüringer Wald dort habe ich auch 2005 mein Abitur gemacht. Nach dem Abitur habe ich meinen Grundwehrdienst in Eutin (Schleswig-Holstein) geleistet. Bei der Polizei wurde ich im Mai 2007 eingestellt und absolvierte den 31. Diplom-Studiengang. Momentan bin ich im Wechselschichtdienst der Polizeinspektion Bad Kreuznach tätig.



Zur GdP kam ich bereits 2007, wenige Wochen nach Beginn des Studiums. Ich war auch von Anfang an aktiv dabei, war in der JUNGEN GRUPPE tätig und wurde 2007 stellvertretender Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). 2009 wurde ich in den Vorstand der Haupt-JAV gewählt. Seit nunmehr drei Jahren arbeite ich auch aktiv im Deutschen Gewerkschaftsbund mit und halte dort unter anderem Projekttag für Demokratie und Mitbestimmung im Rahmen der Berufsschultour ab. Ich bin im Vorstand der Kreisgruppe Rhein-Nahe und im Vorstand der Bezirksgruppe Mainz

Warum bist du schon so früh in der GdP aktiv geworden?
Die Frage ist leicht zu beantworten, das bin ich, weil mich Gewerkschaftsarbeit interessiert und ich davon überzeugt bin, dass man viel mit der GdP verbessern und erreichen kann. Ich bin schon immer davon überzeugt gewesen, dass politische Entscheidungen nicht einfach so hingenommen werden dürfen und es der Einmischung bedarf.

Michael, warum hast du dich damals ausgerechnet für die GdP entschieden, es soll ja auch andere Gewerkschaften geben?
Die Standpunkte und Inhalte der GdP entsprachen direkt meinen Vorstellungen. Die GdP weiß mit Taten und Erfolgen zu überzeugen und versucht nicht nur mit großzügigen Geschenken zum Eintritt Mitglieder zu „angeln“. Die GdP versteht den Grundgedanken der Gewerkschaften, der Solidarität, und lebt diesen.

Mit welchen Zielen verbindest Du die neue Funktion?

Ich hoffe zusammen mit dem Landesjugendvorstand die hervorragende Arbeit unserer Vorgängerinnen und Vorgänger fortsetzen zu können und will mich für die Belange der jungen Kolleginnen und Kollegen stark machen. Ich möchte viele junge Mitglieder für die Arbeit in der Gewerkschaft gewinnen, denn nur eine aktive und starke Gewerkschaft kann sich auch gegenüber der Politik durchsetzen.

Michael, ist die GdP-Arbeit eher eine Episode für dich oder kannst du dir vorstellen, auch jenseits des JUNGE-GRUPPE-Alters in der GdP aktiv zu bleiben?

Die aktive Arbeit in der GdP sehe ich auf keinen Fall als Episode, vielmehr als lebenslange Aufgabe. Ich mache mir jetzt mal noch keine Gedanken über die Zeit nach der JUNGEN GRUPPE, will aber auf jeden Fall weiter aktiv in der GdP mitarbeiten. Ich bin auch jetzt schon im örtlichen Personalrat und im Gesamtpersonalrat.

Ich will mich auf jeden Fall auch über das JUNGE-GRUPPE-Alter hinaus in der GdP und für die Kolleginnen und Kollegen engagieren.



Michael Flis

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Joachim Bruhn,
KG PD Kaiserslautern

Karl Heinz Schworm,
KG Vorderpfalz

Hans-Jürgen Koch,
KG PP/PD Mainz

Ingrid Steinbichler,
KG PD Mayen

Hans Jürgen Schwenk,
KG Rhein-Nahe

80 Jahre

Elisabeth Sander,
KG PP/PD Koblenz

Arthur Jäger,
KG Südpfalz

85 Jahre

Isolde Hahn,
KG Neuwied/Altenkirchen

WIR TRAUERN UM

Alexander Kahl,
27 Jahre,
KG BePo Koblenz

Heinz Dommeck,
81 Jahre,
KG PP/PD Koblenz

Hans Lauer,
76 Jahre,
KG Vorderpfalz

Friedhelm Hundhausen,
80 Jahre,
KG Neuw./Altenkirchen

Helmut Kratz,
84 Jahre,
KG PP Trier

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

SENIOREN WESTPFALZ

Der nächste GdP-Treff 60+

... ist am **4. Juni 2014 ab 15.00 Uhr** in der Gaststätte Licht-Luft in Kaiserslautern, Entersweiler Str. 51, Bus-Linie 101 hält vor dem Haus.
Gerhard Brenner, 06 31/4 43 74
Mail: brg67657@t-online.de

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Herbert Friedrich,
KG BePo Wittlich-Wengerohr
Bernd Wolf,
KG PP/PD Koblenz

